

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 29 (1988)  
**Heft:** 5

**Rubrik:** Zusammenhänge

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zusammenhänge

### Nationale Überholspur auf Perestrojka-Strasse?

In der Sowjetunion hat eine Lockerung der allgemeinen Informationspolitik (die noch lange nicht frei ist) und ein Zurückstecken der schieferen Einschüchterungspolitik genügt, die Gesellschaft mit einer Reihe von Problemen zu konfrontieren, die bis dahin ein Tabu waren, weil man darüber gar nicht reden konnte, jedenfalls nicht offen. Das sogenannte Nationalitätenproblem gehört dazu. (In der UdSSR bedeutet das Wort «Nationalität» nicht Staatszugehörigkeit, sondern Volkszugehörigkeit.)

Der KGB-Chef Viktor Tschebrikow hat vor noch nicht so langer Zeit erklärt, das angebliche Nationalitätenproblem der UdSSR sei «eine Erfindung der westlichen Presse». Das zeigt, bis zu welchem totalen Ausmass die Problemlösung bestand, die noch keineswegs ausgespielt hat. Erst vor zwei Jahren nannte der letzte Parteikongress die Nationalitätenfrage grundsätzlich als gelöst; das Zusammenleben der Völker bedurfte bloss noch der weiteren Pflege im bisherigen Sinn, und umzugestalten brauchte man da nichts. Und soweit es auf die Ausdrücklichkeit ankommt, ist dieser Befund immer noch nicht zurückgenommen worden.

Dabei ist die Sowjetunion nicht nur ein Vielvölkerstaat, sondern ein willkürlich eingeteilter und beherrschter Vielvölkerstaat. Die national-administrativen Strukturen sind weitgehend die Folge eines gewaltsamen Vorgehens, das keine Rücksicht auf den Willen oder die Interessenlage der jeweiligen Völker nahm. Ähnlich verhielt es sich mit der «eigenen» Lebensgestaltung der nichtrussischen Gemeinschaften; hinter der plausiblen Formel «national in der Form, sozialistisch im Inhalt» stand die blosser Freiheit zur Folklore ohne gesellschaftspolitische Relevanz, eine Analogie zur Handhabung der Religionsfreiheit, die grosszügigerweise gestattete, dass sich ein paar alte Leutchen zu einem pittoresken Ritual zusammenfanden.

Bei dieser Sachlage ist es nicht so verwunderlich, dass auch die unbewältigte nationale Vergangenheit nach Ausdruck drängte, sobald sich eine Gelegenheit dazu gab, auch wenn diese keineswegs spezifisch zu diesem Zweck vorgesehen war. Erscheinungen des nationalen Protests treten offenbar immer häufiger auf. Für den Februar 1988 etwa ist gleich eine Serie zu registrieren:

– Am 2. Februar kam es in Tartu, der zweitgrössten Stadt Estlands, zu Ansammlungen und Kranzniederlegungen aus Anlass des bevorstehenden Gedenktags zur Unabhängigkeit. Behördlicherseits wurde das als «Ausdruck von

Nationalismus und Antisowjetismus» bezeichnet.

– Am 16. Februar, dem Unabhängigkeitstag von Litauen, wurde in der Hauptstadt Vilnius (Wilna) eine feierliche Messe zelebriert. Anschliessend versammelte sich eine Menschenmenge zu einem inoffiziellen Umzug und zu einer Gedenkfeier. Mitgeführt wurden gelbgrüne Nationalfahnen und Kreuze. Die Ordnungskräfte gingen mit Hunden und Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor. Rund 200 Personen wurden verletzt, etliche wurden festgenommen.

– Am 24. Februar kam es zu einer friedlichen, aber unbewilligten Demonstration in der estnischen Hauptstadt Tallinn (Reval) zum Jahrestag der Unabhängigkeit Estlands vor 70 Jahren. Trotz des offiziellen Verbots nahmen zwischen 15 000 und 20 000 Personen teil. In diesem Fall griff die Polizei nicht ein. In der Stadt befanden sich zu diesem Zeitpunkt zahlreiche finnische Touristen und einige westliche Reporter. (Indessen gibt es heute in der Sowjetunion kein sicheres Kriterium mehr zur Beantwortung der Frage, ob die Polizei gegen Demonstranten vorgeht oder nicht; das neue Phänomen der behördlichen Verunsicherung greift um sich.)

Zu wiederholten Studentendemonstrationen gegen die Entweihung eines Nationaldenkmals ist es in der georgischen (grusinischen) Hauptstadt Tiflis (Tbilisi) gekommen. Dort hatten die Behörden die alte Klosteranlage David Garedsa, 90 km von der Stadt entfernt, zu einem Schiessübungsplatz der Armee umgewandelt und entsprechenden Zerstörungen ausgesetzt. Diese wahrscheinlich nur dumme Massnahme hat Empörung ausgelöst. Orthodoxe Geistliche, Intellektuelle und Studenten forderten die Einstellung des «barbarischen Treibens»; einige hundert Studenten gingen auf die Strasse.

Das sind soweit nur neue Beispiele zur längst einsichtig gewordenen Tatsache, dass die Perestrojka auch unerwünschten nationalen Kräften zum Auftrieb verholfen hat. Der Vorgang hat seinen Verlauf bisher an plausiblen Schauplätzen (Zentralasien, Baltikum; die Ukraine fehlt noch) anhand plausibler Antagonismen (Russen gegen Nicht-Russen, «nationale» Glaubensbekenntnisse gegen Staatsatheismus als pars pro toto) genommen. Das ist im Fall der jüngsten armenischen Unruhen anders.

Unser Beitrag auf Seite 2 beleuchtet geschichtliche, ethnische und territoriale Aspekte des Konfliktes, der beim Aufbruch nationaler Kräfte das ungeahnte Beispiel ist. Die Wirklichkeit hat die denkbaren Szenarien überholt oder sozusagen auf der Seite liegenlassen, und man beginnt sich zu fragen, wann, wo und wie sie das vielleicht wiederholen wird.

Mit Armenien und Asarbeidschan liegen erstmals zwei Sowjetrepubliken mittelbar im Clinch, und Moskau ist zur Schiedsrichterrolle verdammt, keineswegs als lachender Dritter. Der Grundsatz «divide et impera!» ist gut genug, wenn man auf Eroberung aus ist, aber er wird zum Trick aus Notbehelf, wenn man vorher nur zu befehlen brauchte. Tatsächlich hat die Zentrale zu verlieren, wie immer sie entscheidet, und beim Hinausschieben erodiert das Prinzip der zentralen Führungsgewalt schlechthin.

An der Peripherie findet die Erosion der einheitlich konzipierten Machtpyramide bereits statt. Die armenische Parteiführung weiss nicht mehr, wo ihr der Kopf steht. Sie verkörpert dort die Sowjetmacht, die angebliche Vertretung des «Sowjetvolkes», aber sie droht von unten gestürzt und von oben fallengelassen zu werden, wenn sie ihrer Rolle zur Wahrung der «Gesamtinteressen» gerecht wird.

Die armenische Ethnie in einer Region auf aserbeidschanischem Territorium hat plötzlich rebelliert, mitsamt der Mehrheit des höchst offiziellen Regionssowjets (dass es in einem solchen Gremium zu einer Kampfabstimmung kam, ist schon ein Präzedenzfall für sich). Der Funke ist auf das «Mutterland» der Armenischen SSR überggesprungen, und zwar direkt auf die Bevölkerung. Hunderttausende demonstrierten plötzlich für den Anschluss der fraglichen Region namens Nagorno-Karabach an Armenien, unter Anfechtung bloss der aser-

STEIGER  
DRUCK AG  
BERN



Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's



Alter Armenier.

beidschanischen Zwischenhoheit, aber ohne Anfechtung der sowjetischen Oberhoheit, die man unter Berufung auf die Perestrojka und den KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow sogar in Anspruch nahm, in echter oder gespielter Unschuld. Angefochten wird aber immerhin die geltende Territorialordnung der UdSSR, und das ist keine Kleinigkeit. Der Strafgesetzbuch der RSFSR (Russische Föderation, Russland), das seine inhaltliche Entsprechung in den nominell separaten Strafgesetzbüchern der verschiedenen Sowjetrepubliken hat, sieht in Artikel 64 für eine «vorsätzliche Handlung gegen die territoriale Integrität der UdSSR» als Höchststrafe den Tod vor. Praktisch spielt das hier wohl keine Rolle, doch die Peinlichkeit für die Sowjetführung, in dieser Sache von einer Demonstrantenmenge quasi als Schutzpatron angerufen zu werden, ist enorm.

«Je vous ai compris» hatte de Gaulle in einer ungefähr analogen Situation gesagt, aber das funktionierte nur einmal, und der vorbehaltliche Floskelausstoss der Sowjetführung funktioniert schon seit 70 Jahren nur soweit als auch die Polizei dahintersteht. Da kann man es heute ehrlich anders wollen, aber wie macht man es?

Was für die KPdSU-Führung ein peinliches Dilemma ist, das ist für die armenische Parteiführung bereits ein existentielles Dilemma. Das Beispiel des KP-Chefs Karen Demirtschjan (letztes Jahr von Moskau als Perestrojka-Bremser kritisiert worden) ist da typisch. Nach einer Woche steigender Unruhen trat er am 22.

Februar am armenischen Fernsehen auf und erklärte die Idee einer Wiedervereinigung mit der fraglichen Region in Aserbeidschan für indiskutabel, ein getreuer Sachwalter der Sowjetordnung und ein Anwärter auf entsprechende Dankbarkeit in Moskau. Aber die Massen nahmen seine entschiedene Intervention nicht einmal zur Kenntnis und demonstrierten friedlich weiter als ob es ihn nicht geben würde. Er riskierte nun, von Moskau wegen mangelnder Autorität abgesetzt zu werden, und erst noch unter allgemeiner Zustimmung der Armenier. So machte er einen Schwenker und profilierte die armenische KP auf Unterstützung der armenischen Volksforderungen, in einem mässigen Ton, aber doch. Das ist sein alternativer Schutz vor einer Absetzung. Sollte sie jetzt erfolgen, würden die friedlichen Demonstrationen in unfriedliche Demonstrationen umschlagen, und man hätte eine Zweitaufgabe der kasachischen Unruhen von Ende 1986, und angesichts der Teilnehmermassen von Hunderttausenden wahrscheinlich eine erweiterte Zweitaufgabe.

Was aber geschieht mit dem KPdSU-Gebäude, wenn es für die Etagenchefs opportun wird, sich so zu verhalten?

Noch ein Novum der Sowjetgeschichte: Die Kirche trat als eigene Kraft auf. Das Oberhaupt der armenischen Kirche, der Katholikos Wasgen I., unterstützte in einer Fernsehrede die Vereinigung der Region Nagorno-Karabach mit dem Mutterland und rief gleichzeitig zur Mässigung auf. Er hatte mehr Erfolg als der armenische Parteichef: die rollende Streikwelle wurde gestoppt, mit der Option freilich, sie am 26. März wieder anrollen zu lassen, wenn bis dahin keine Lösung des Problems vorgelegt werde.

Der Auftritt des Katholikos ist qualitativ neu. Bisher durften die Kirchen höchstens Friedenspolitik im Sinne der Partei betreiben, aber nun ist ein Kirchenvertreter so aufgetreten, wie man es im Polen der siebziger und frühen achtziger Jahre gesehen hat. Das war keine Übersetzung von Parteidevisen in die Kirchensprache mehr, sondern eine eigenständige Vermittlung zwischen Volk und Obrigkeit, in der Sache auf der Seite des Volkes. Das ist eine Einmaligkeit, bei der es vielleicht bleiben wird, aber nur vielleicht.

Inzwischen haben die armenischen Forderungen logischerweise aserbeidschanische Gehässigkeiten als Antwort hervorgerufen, und beidseits erwartet man von Moskau volle Unterstützung für die jeweils gerechte Sache. Die KPdSU hat ein ZK-Plenum über die Nationalitätenprobleme in Aussicht gestellt und hofft bis dahin auf möglichste Ruhe.

Informativ ist aus sowjetischen Quellen sehr wenig in Erfahrung zu bringen. Die Glasnost war von den armenischen Ereignissen so überfordert, dass sie praktisch zusammengebrochen ist. Für konkrete Details ist man wieder auf (behinderte) westliche Medienleute und Samisdat-Zirkulationen angewiesen wie früher einmal.

Auf einer nur im Westen gezeigten Filmaufnahme aus Eriwan konnte man ein Plakat der Demonstranten sehen: «Nagorno-Karabach ist der Prüfstein der Perestrojka.»

Eigentlich ist das falsch. Die Perestrojka hat ganz andere Anliegen deklariert. Aber wahrscheinlich stimmt es, dass sie ihre Bewährungsprobe bei den nicht deklarierten Anliegen bestehen muss. Wenn man eine Schleuse öffnet, ist es schwierig, dem Wasser zu befehlen, nicht nachzudrängen. *go/cb*

## Bestellschein für ZEITBILD

Ich bestelle ein Jahresabonnement ZeitBild zu Fr. 48.—  
(Ausland sFr. 53.—/DM 64.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an ZeitBild, Postfach, CH-3000 Bern 6